

## **Minderheitenvotum**

Ich habe dem Programmentwurf nicht zugestimmt und begründe das wie folgt:

0. Die Ablehnung der Formulierung "Stalinismus als System" stellt aus meiner Sicht einen Rückschritt in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte dar. Seit dem Sonderparteitag der SED im Jahr 1989 und der Rede von Michael Schumann galt der Grundkonsens des Bruchs mit dem Stalinismus als System. Der Bruch allein mit dem Stalinismus öffnet einer Interpretation den Raum, dies allein auf eine geschichtlichen Epoche - verbunden mit dem Namen Stalin- zu reduzieren. Der Bruch mit dem Stalinismus als System meint aber auch den Bruch mit Strukturen und Organisation der Gesellschaft unabhängig von konkreten historischen Personen. Hinzu kam eine neu hinzugefügte Äußerung, in der es um eine angeblichen Reduktion der Geschichte der DDR und der SED auf Stalinismus gehe, die unhistorisch und unwahr sei. Eine Reduktion der DDR und der SED auf Stalinismus ist unhistorisch und unwahr. An dieser Stelle wird damit aber suggeriert, als würde der Bruch mit dem Stalinismus - wie es nunmehr heißt- genau eine solche Reduktion darstellen. Hinzu kommt die Nichtaufnahme eines Passus zur besonderen Verantwortung hinsichtlich erfolgter Repressalien der DDR gegenüber Gläubigen.
1. Die Beibehaltung der Struktur des Programmentwurfes. Wie im Alternativen Programmentwurf vorgeschlagen halte ich es für ein Parteiprogramm zielführender den demokratischen Sozialismus in Form von Zielen zu beschreiben und nicht in Form von Reformprojekten, die oft eher in den Gestus eines Wahlprogramms verfallen.
2. Die Ablehnung eines gesamten Abschnittes zur Beschreibung der Aushöhlung der Demokratie durch den Neoliberalismus. Die Gefährdung der Demokratie durch den Neoliberalismus verlangt einen separaten Absatz.
3. Die Ablehnung eines Absatzes, der sich zum ÖBS als dauerhafter, staatlich finanzierter dritter Sektor bekennt.
4. Die Beibehaltung von sog. Haltelinien für Regierungsbeteiligungen, wissend das auch die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Formulierung umstritten war und ist. Es ist eine Grundsatzfrage, ob einzeln definierte sog. Haltelinien für Regierungsbeteiligungen aufgeschrieben oder abstraktere Kriterien -wie im Antrag Sharma/Wawzyniak vorgeschlagen- aufgestellt werden, die vor Ort konkret und mit wahlprogrammatischen Forderungen untersetzt werden.

Weitere Gründe sind:

- die Aufnahme eines Absatz zur Klassengesellschaft
- die Ablehnung eines Absatzes zur Beschreibung des Neoliberalismus der 70iger Jahre. Gegenstand dieser Beschreibung war die Unterordnung aller Lebensbereiche unter eine Verwertungslogik, die Aufrechterhaltung des Patriarchats, Nützlichkeitsabwägungen bei Zu- und Einwanderung und die fortschreitende Ausbeutung der Länder des Südens durch den Norden als Kennzeichen des Neoliberalismus.
- die Ablehnung der Aufnahme der Erweiterung der Unterdrückungsmechanismen um Patriarchat und Rassismus

- die Beibehaltung der Struktur der Reformprojekte in Kapitel IV in der Art und Weise, dass die Demokratisierung der Gesellschaft erst nach dem Kapitel zu Arbeit und Sozialer Sicherung kommt
- die Ablehnung eines Zusatzes, dass perspektivisch darüber debattiert wird, ob eine Steuerfinanzierung der Solidarsysteme denkbar wird

